

Veränderung nur das allernotwendigste zuzuführen, der zahlungsfähigsten Bevölkerungsschicht eine reichlichere Lebensführung zu ermöglichen.

Obwohl das System die Ungleichheit in der Lebensführung vielleicht scharfer Formen hat annehmen lassen, als vorausgesetzt war, denkt man doch nicht daran, das bestehende System zu ändern. Das ist von leitenden Stellen wiederholt offen und rücksichtslos erklärt worden. Es kann auch nicht bezweifelt werden, daß wir unter den abmalenden Umständen in Zukunft hineinleiten, die der Armen viel noch weiter verschärfen, die Ungleichheit in der Verteilung der Lebensmittel noch größer machen können, als je bisher schon waren. Die Menge der zur Verfügung stehenden Nahrung an Fleisch, Fett, Butter, Milch, Käse, Eier wird unzweifelhaft geringer; jedenfalls müssen auch die geringsten Quantitäten noch verkleinert werden. Mehr als vor dem mühe in diesem Jahre G e m ü ß e als Ersatz für die ausfallenden anderen Nährstoffe auf den Tisch des Arbeiters kommen. Sind dafür Aussichten vorhanden? Wieweg ganz bestimmt nicht. Geheiß, es soll mehr Gemüse angebaut werden, aber keine Gewähr ist gegeben, daß der Wertersatz nicht auch wieder nur den Besitzenden zugute kommt. Es wird damit gehen wie im vorigen Jahre; die Frucht entspreche kaum dem Samen, da war sie zu einem großen Teile schon befaßt mit wohlhabenden Leute und an Eschschönbüchler. Der arme Teufel, der nachher kam, hatte das Nachsehen.

Und weil die ganze Kriegswirtschaft auf kapitalistischer Grundlage beruht, können an solcher Gestaltung der Dinge nachträgliche Verbesserungsmaßnahmen, Strafandrohungen und Verbodungen nicht viel ändern. Intrenbar von der kapitalistischen Grundlage der Kriegswirtschaft sind ihre Begleiterscheinungen: Hunger, Schlechthandel, Verwundung der Besitzenden, schwere Benachteiligung der Minderbemittelten.

Gegen die Begleiterscheinungen der kapitalistischen Kriegswirtschaft wehren stets mit harten Worten, auch die Abhängigen, aber das System selbst jagen sie durch Unterwerfung der Regierung als Träger des Systems. Das ist eine Zeit, die sie in der ganzen Kriegswirtschaft beobachten. Sie protestieren gegen einige Mängel, unterschreiben und fächern aber die Regierung in ihrer grundsätzlichen Politik. Der jedoch ein System, eine bestimmte Politik unterstützt, der ist auch verantwortlich für alle daraus entspringenden Folgen.

Heute arbeiten die Vertreter der Abhängigen überall in den Kriegsstellen mit; ist ja sogar einer der hervorragendsten Vorkämpfer, Dr. August Müller, Unterstaatssekretär im Kriegsversorgungsamt. Durch diese Tatsachen und vor allem durch die ganze grundsätzliche Untertänigung der heutigen Kriegswirtschaft wird es zur politischen Fiktion, wenn die Reformsozialisten vor den Wählern die Verantwortung für eine Politik ablehnen möchten, die man grundsätzlich mitmacht und sich lediglich darauf beschränkt, gegen einige Begleiterscheinungen zu protestieren, die jedoch mit dem System untrennbar verbunden sind.

Darum können die Abhängigen die Mitverantwortung für die Folgen der Kriegspolitik nicht ablehnen. Die ganze Kriegswirtschaft ist ein untrennbarer Teil des bestehenden und herrschenden Systems. Der „Kriegssozialismus“ hat sich allseitig als das erweisen, was er von Anfang an war: als KriegsKapitalismus. Der Sozialismus, den die sozialdemokratische Arbeiterklasse zu erringen hat, steht auf anderer Grundlage. Darüber in einem späteren Aufsatze mehr.

Rußland.

Verfassung der Bundesrepublik.

Moskau, 6. April. Der Völkische Hauptauswärtiger hat die Verfassung der sozialen Bundesrepublik ausgearbeitet. Moskau, 5. April. Der Völkische Hauptauswärtiger veröffentlicht eine Verordnung, wonach jeder in Rußland wohnende Fremde auf sein Verlangen die russische Staatsangehörigkeit erlangen kann. In besonderen Fällen können Fremde, die außerhalb Rußlands ihren Wohnsitz haben, russische Staatsbürger werden, falls sie ein entsprechendes Gesuch an die Behörde richten, die die russische Bundesrepublik vertritt.

Japan in Sibirien.

Kriegsstand! Petersburg, 8. April. Die Regierung hat den Kriegszustand in ganz Sibirien erklärt und angeordnet, daß die sibirischen Sowjets in aller Eile Abteilungen der Roten Armee zu bilden haben, um den Japanern Widerstand zu leisten.

Moskau, 6. April. Der Völkische Hauptauswärtiger Sibirien sollte folgenden Beschluß: „Der Völkische Hauptauswärtiger von Sibirien erklärt gegen die japanische Landung in Wladiwostok Widerpruch, die fernestgehend durch die unbedeckten Ereignisse, wie sie immer vorkommen können, gerechtfertigt ist. Die Arbeiter und Bauern Sibiriens werden jeden Versuch der japanischen Imperialisten, irgendeinen Teil Sibiriens zu besetzen, scharfsten Widerstand zu leisten. Es werden alles tun, um der Gegenrevolution nicht zu helfen, die sich im Namen der Freiheit zu täuschen und die Interessen der Proletariats zu verletzen. Die Gegenrevolution wird unerbittlich unterdrückt werden. Jeder ganz Sibirien ist der Völkischen Landung verweigert worden und die revolutionären Behörden sollen die Verwirklichung der Revolution gegen den Einfluß der Imperialisten in die Wege leiten.“

Nur ein „Judenfall“. Moskau, 7. April. Die japanische imperialistische Mission berichtet, daß die Landung in Wladiwostok nur ein vorübergehender Zwischenfall ist, der bald behoben sein werde. Die Ententevertreter wurden ins Unbehagen mit geladen. Der Kommissar für die Auswärtigen Angelegenheiten Tschirwin erbot gegen das Einbringen fremder Truppen in das Gebiet der Republik Einspruch und drückte sein Bedauern darüber aus, daß die Mächte dieses Einbringens duldeten. Er erklärte, daß die Völkische Landung die Beziehungen der russischen Republik zu den Ententemächten ungünstig beeinflussen. Der einzige Ausweg aus dieser Lage sei die sofortige Entfernung der gelandeten

Truppenverbände. Die Vertreter der Entente stellten die Landung in Wladiwostok als einen Vorstoß hin, die von rein örtlicher Bedeutung sei. Der Vertreter Frankreichs bezeichnete das japanische Vorgehen als eine Volksverhetzung. Der Vertreter der Vereinigten Staaten erklärte, seine Regierung sei gegen das japanische Vorgehen. Der Vertreter Englands sagte: Nach allen Nachrichten, über die er verfüge, stehe eine fremde Intervention auf der Landung der englischen Regierung im Widerspruch. Die Vertreter erklärten, der Konflikt, der sich erhoben habe, könne binnen kurzem beigelegt werden.

Der Gen. Moskau, 7. April. Infolge der Ereignisse im letzten Osten ist die Heberführung der früheren Barentsfamilie von Tobolsk nach einer Stadt im Uralgebiet beschlossen worden.

Die Sowjetregierung in der Ukraine.

Wie der Auslandsdirektor von Moskau gemeldet wird, hat der ukrainische Sowjetrat die ukrainische Sowjetrepublik erklärt. In Char'kow wurde der Völkische Landung erklärt. Nach einem Befehl des Kommandanten werden alle Vertreter, die auf frischer Erde verhaftet werden, auf die Stelle zurückgeführt. Die gefangen gehaltenen Vertreter der ukrainischen Regierung sind in der Ukraine als außerhalb des Gesetzes lebend erklärt. Sie sollen zurückgehalten und verhaftet werden als Vertreter an die Sowjetunion und wegen ihrer erbrochen Führung.

Ausland und Rumänien. Der Völkische Landung für ausländische Angelegenheiten gibt bekannt, daß er der Regierung in Paris vorgeschlagen habe, die zwischen Rußland und Rumänien schwappenden Streitfragen in einer Kommission der Vertreter von Frankreich, Englands und Amerikas angeordnet werden zu lassen.

Die Kämpfe in Finnland.

Stockholm, 7. April. Laut Dagens Nyheter haben die Weissen Gardien in Zammerfors 8000 Gefangene gemacht. Die Weissen Gardien verloren 2000 Tote, von denen 1500 Russen waren. Sie verteilten sich verteilte und sollen sich in einem späteren Korrespondenten ein weißes Todeblatt einmengen eingeliefert haben. Nach einer Meldung an Stockholm Dopollett steht auch die Eroberung von Viornoborn durch Weisse Garde bevor. Mit dem Fall von Zammerfors hält die Weisse Garde den Widerstand der Weissen Garde für gebrochen. Nur der Mühlmarkt sei noch erntefähig, die übrigen sind erntet.

Petersburg, 7. April. (Rueter.) Deutsche Flugzeuge überfallen Schiffsverkehr. Die russischen Kriegsschiffe verlassen Helingsfors in Richtung auf Kronstadt.

Petersburg, 7. April. (Rueter.) Der Rat der Völkischen Landung hat sich dahin entschieden, daß die Landung der Deutschen in Genuß Finnland angehe. Der Rat könne nicht eingreifen.

Kritiker der Völkischen.

Werte Redaktion! In dem von Ihnen abgedruckten Artikel „Kritik über die Politik der Völkischen“ wird u. a. gesagt, die bürgerlichen Parteien, die Regierung wie die Regierungsozialisten wollen von den Völkischen nichts mehr wissen. Wie die Regierung und bürgerliche Parteien zu den Völkischen stellen, kümmert mich nicht. Beide haben wohl nie etwas „von ihnen wissen wollen“. Das „nicht mehr“ rufft deshalb auf, die nicht zu. Was aber uns Regierungsozialisten anlangt, so muß gesagt werden, daß wir seit der Novemberrevolution, die den Völkischen den Sieg brachte, unser Urteil über letztere keinesfalls mehr geändert haben als die Unabhängigen. Wir haben uns über ihre Entschlossenheit, den Frieden möglichst bald herbeizuführen, getraut und dieses Vertrauen nach Kräften unterstützt. Und wir haben die Verhandlungen gegen die Sozialisten, gegen Finnland und gegen die Ukraine genau so geteilt, wie es auch seitens der Unabhängigen geschehen ist. Der Redaktion kann doch nicht unbekannt sein, was beispielsweise E. W. in der Leipz. Volkszeitung vor mehreren Wochen gegen die Völkischen geschrieben hat und daß die Redaktion der Leipz. Volkszeitung, ihn unterstützte. Wozu also einen Unterdruck konstatieren, wo keiner besteht?

Und weiter! Kautsk schreibt: Der Hauptvorwurf, den die andern dem Völkischen machen, ist der, daß er die Revolution von Osten nach Westen tragen wolle. Wer von uns hat diesen Vorwurf erhoben? Es wird Kautsk unmöglich sein, dafür einen Gewährsmann beizubringen. Was wir mit recht gestadt haben, ist die von den Völkischen selbst zugegebene Tatsache, daß sie die Verhandlungen in West-Europa in die Länge sogen in der Hoffnung, inzwischen werde in Mittel- und West-Europa die Revolution ausbrechen. Das ist doch etwas ganz anderes. Und Kautsk gibt an Schluß seines Artikels unumwunden selbst zu, es sei ganz richtig, so lange noch in Rußland möglich war, müßte auch in West-Europa möglich sein. Er selbst demeritert somit die Völkischen. Also auch hier wird ein grundsätzlicher Unterdruck im Urteil konstatiert, wo keiner besteht.

Am schlimmsten vertritt sich Kautsk bei Auslegung des von ihm zitierten Satzes aus Scheidemanns Rede, Scheidemann

hatte die Hoffnung der Völkischen auf eine Revolution in uns zurückzuführen, wie es ja auch Kautsk tut. Und Scheidemann hat binäufigkeit, die bolschewistische Rechte hätten sich nicht so benahmt, daß ihre Anwendung auf Deutschland zu empfinden ist. Und hier müßte man die Bedeutung von Kautsk in nicht mehr zu überbietender Ausgelassenheit, Scheidemann habe die Revolution nicht als momentan auszuführend abgelehnt, sondern weil die russische Revolution Deutschlands ruinieren müßte. Dann müßte Kautsk natürlich die üblichen Bedenken vorbringen gegen Scheidemann und unsere Partei, wenn er anders etwas als Kritik auszurufen und zu sagen habe, daß sie noch mal nicht, kommt Kautsk schließlich zu demselben Ergebnisse wie Scheidemann. A. D. 2. H. 1. e.

Wir bringen die Einleitung dieses ebenso zur Kenntnis der Leser wie die Arbeit Kautsk's, die übrigens aus sich selbst heraus nicht vollständig war. Es lohnt wohl nicht, diese die russische Meinung zu rufen, es sei kein Unterdruck in der Beurteilung der Völkischen durch die Unabhängigen und durch die Regierungsozialisten. Da läßt wohl jeder, der die „Duden-Trennungskrieg“-Fakten des Parteivertrandes mitteilendes Braun gelesen hat und überhaupt den Gang der Dinge verfolgt, Schicksal kommt es aber auf die Worte einzelner Wortführer an, als auf die ganze Zeitungsarbeit der beiden Parteien. Und in dieser Beziehung sind auch die Völkischen selbst sehr beruhte Richter. Eben erklärte Genosse Petrow, der Volkskommissar, der die Friedensunterhandlungen in Berlin übertrug, daß es die Völkischen ablehnen, irgend etwas von den Sozialisten des Parteivertrandes in Richtung auf eine andere Bundesverfassung nur die Hoffenbetriebe der Partei und als ihre Vorkämpfer in Deutschland leben wie die in der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei vereinigen Genossen an. Im übrigen wird der Parteitag der Völkischen die Stellen der Parteien zur russischen Revolution immer klar in der Meinung treten lassen. Doch „kein Unterdruck“ mehr sein müßte sprechen und die Reformsozialisten — wäre freudigst auf zu wünschen.

Politische Uebersicht.

Klarheit und Einigkeit.

Unter diesem Stichwort schreibt die regierungsozialistische S. A. über die Regierpolitik der Reformsozialisten (s. im Fortdruck) folgendes:

„Am Vorkriegsabend seiner heutigen Montagssitzung sprach ein Mitglied der Vorwärts-Partei die Erkenntnis aus, die sich aus dem bisherigen Verlauf der letzten Wochen unabweisbar aufgedrängt haben: Es ist jetzt keine andere Lösung der Weltkrise zu sehen, als der erhoffte volle deutsche Sieg und ein Frieden. Die letzte Rede Wilsons zum Jahresbeginn der amerikanischen Kriegserklärung, die Gewalt, die zum äußersten, Gewalt ohne Maß und Ziel gebracht, ist ein Beweis mehr davon, wo wir stehen. Ein Gebot der Gerechtigkeit ist abzuhängen, den Krieg im Westen mit militärischen Mitteln zum Abschluß zu bringen, aber die Zukunft nicht dunkel vor uns.“ Die Enthaltungen über die nach der Schwere ausgestreuten Friedensfühler Clemenceaus über Dinge sind auf des Schwertes Spitze gestellt, und wir wollen es nicht sein, die auf der Erde bleiben. Zeit gibt es keine anderen, die den Weg zum Frieden zu weisen, sondern nur militärischen Sieg.“ Damit spricht der Vorwärts aus, daß die ganze Partei kann sich einmütig um diese Erkenntnis scheren. In den letzten Monaten war eine solche vollständige Gleichheit der Überzeugungen in der Sozialdemokratie oft leider nicht vorhanden, wie die Abstimmung über den Auslieferungsfall ja aller Welt gezeigt hat.“

Die S. A. schließt ihren Leitartikel wie folgt: „Infern Friedenshoffnung steht jetzt auf den Rampen an der Sonnenlinie in der Heimat bereit, um die Aufgaben, ihnen nach bestem Können alle Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, ihre Kraft zu befehlen durch die Erringung des gleichen Weltfriedens, das ihnen die Gerechtigkeit gibt, für ein freies Vaterland zu kämpfen, und mit unerschütterlicher Festenheit dafür zu wirken, daß nicht eine Hand voll einmüßiger Kapitalisten die Früchte des erhofften Sieges dem heulenden Volk entziehen.“

Die Reichstagsersatzwahl in Schwidau.

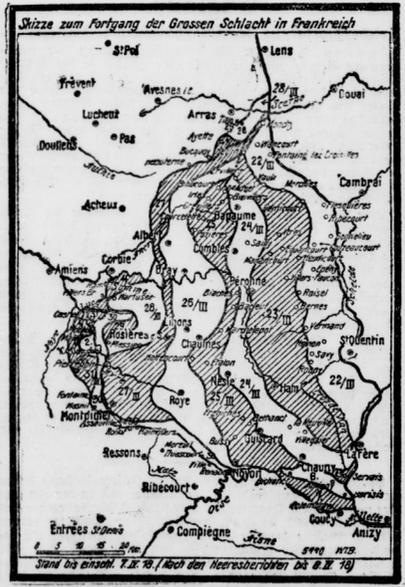
Für den verstorbenen Genossen Stolte ist die Reichstagsersatzwahl in Schwidau für den 15. April anberaumt worden. Der Kreisverein der Unabhängigen Partei stellte am Montagabend Kandidaten auf. Der Kreisvereinsvorsitzende, Genosse Schubert teilte mit, daß die Vertrauensmänner sich in ihrer überlegenen der Mehrzahl für den Genossen S. oder als Genosse als Kandidaten erklärt hätten; die anderen Vorschläge seien zurückgezogen worden, so daß Genosse Hedert der Verammlung als einziger Vorschlag unterbreitet werde. Eine Zusatzfrage wurde dem Genossen Hedert gestellt, ob er sich als Kandidat der Unabhängigen Partei ernannt. Vorher hielt Genosse Hedert einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über: Die politische Lage.

Die Reformsozialisten haben ebenfalls einen Kandidaten aufgestellt, und zwar ihren Kreisleiter Meier in Schwidau.

Wahlreform in Ostha nach preussischem Muster.

Ganz nach preussischem Muster behandeln die bürgerlichen Parteien im „Liberalen“ Herzogtum Ostha die Wahlreformfrage. Die Konföderation waren hier natürlich stets Gegner einer demokratisch gerichteten Wahlrechts zum Landtag. Seit Jahrzehnten werden in Ostha nur nach einem Grundbesitz der gleichen Stimmrechts aber in mittelbarer Weise die Landtagswahlen erklären. Seit mehreren Jahren hat der Landtag wiederholt durch Beschluß die Regierung angefordert, einen Entwurf zu unterbreiten, der das unmittelbare Wahlerfahren vorschlägt für eine solche Reform erklärten sich auch die Liberalen. Die Regierung folgte den Forderungen der Konföderation: Sie erwiderte keine Antwort. Jetzt, im Zeichen der großen Renorientierung, scheint jedoch demokratische Annahmen bestanden zu haben. In Ostha, in diesen Augenblicke schwenken die Liberalen wieder um; sie treten in die Front der Wahlreformgegnung. Die Regierung hatte eine Vorlage unterbreitet, die das unmittelbare Wahlerfahren bringen sollte; außerdem die Verhältnisse in Ostha zu berücksichtigen. Die Wahlrechtsreform im Verhältnis zum Landtag, die die bürgerlichen sozialdemokratischen Parteien, bedeutet eine Liebesgabe für die bürgerlichen Parteien, denen sie einige prächtige Mandate in Aussicht stellt. Schon bei den Verhandlungen im Kleinrat zeigte sich, daß die Liberalen von der Vorlage durchaus nicht begeistert waren; sie verlangten sich zunächst auf die Wahlrechtsreform in Ostha zu beschränken, man sie nicht abgelehnt. Die sozialdemokratischen Parteien, die man nicht weniger als ihren Herzen eine Liebesgabe, man sie nicht oft als Gegner einer jeden freiheitlichen Reformen verurteilen aus nicht, daß sie die Gelegenheit zu dem Vorgehen benutzen wollten, das bestehende Wahlrecht nach durch die Einführung des ungleichen Stimmrechts nach ihrem Sinne zu verwechseln.

Die Vorlage der Regierung wurde an eine Kommission überwiesen. In dieser ist sie ganz nach preussischem Muster verbessert worden und dann hat man, wieder nach preussischem Vorbilde, beschlossen, die Weiterberatung bis zum 15. April zu vertagen. Die Vertreter der Sozialdemokratie hatten beantragt, das aktive Wahlrecht vom 21. auf das 21. Lebensjahr, das pass



erfolgte. Man solle sie stellen lassen, weil die Daten aus ganz genau sei und weil man doch die ins Feld angelegten Waffen...

Genosse Emmer überbringt per Auffassung von Prof. Ammer, daß sich ein Streifen...

Stadtk. Kühme meint, über den Schuß der einzelnen...

Aus den weiteren Verhandlungen ist noch zu berichten über den Abschluß eines neuen Wasserlieferungsvertrages mit den...

Genossenschaft des Wasserlieferungsvertrages mit den Gemeinden, sowie mit Ammenborn und der Separationsgenossenschaft Ammenborn-Beesen-Planena...

Zur Vollstreckung im Stadthaus nächsten Sonntag nachmittag im Gerichtssaal um 10 Uhr...

Gene neue Bekanntmachung betreffend Beschaffung, Bestandserhebung und Beschäftigung von Pumpen...

Reisene, Abgangs! Änderungen in den Kapiteln einiger Schnell- und Personenzüge...

Stadttheater. Heute Gemälde von Cornelius. Goldbrüder: Prof. von Bausner...

Leute, Sonntag abend Kreuzer Oper Das Rindstier von...

Kaufmanns-Versteigerung. In der vergangenen Nacht wurden in der Döblichstraße drei...

Im höchsten Cieraufkauf in der Talantstraße sind am Mittwoch...

Rietleben. Wartsfälle. Am einem dringenden Bedürfnis abzugeben...

Aus der Provinz.

Unserer ausüblichen Leser!

Die gestrige Ausgabe des Volksblattes konnte leider nicht zur festgesetzten Zeit...

Wirt-Teilhaber gesucht!

Seit ungefähr einem halben Jahre hat man den Verbraucherschicht, daß durch die...

Merseburg. Abgabe des überschüssigen Haus-Verkaufsgeldes. Auf Grund des § 10a...

Merseburg. Festmahl. Das Grundstück Delagube 5, bisheriges Besitz...

Schleien. Bauherrschaft. Am 7. April fand hier im Lokale zur...

Schleien. Bauherrschaft. Am 7. April fand hier im Lokale zur...

Schleien. Restoffbeugung. Der Magistrat macht bekannt: Am Sonntag...

die Beschäftigung der Arbeiter in der Provinz...

Teufelsküh. Ein französischer Kriegsfangener...

Teufelsküh. Ritzungen. In diese amtliche Bekanntmachung...

Eisenburg. Diebstahl. Im Sommer wurden von dem Herrn...

Wittenberg. Im vergrabene Diebstahl. Handelt es sich...

Wittenberg. Gemeindefähigkeit. Bei der am 19. März...

Ziegen. Eine Stadtordegnungsfindung findet am nächsten...

Erst. Für 15000 Mark Seidenwarengeschäft. Im vergangenen...

Allerlei.

Schweiditz. Schiffstatastrophe.

Am Schiffsaufkommenhof auf dem Donau mit zwei Gemälden...

Verabreichung der Bräutereien in Charlottenburg. In den letzten...

Das Weiberlied vor dem Kaiser. Einer der Höhepunkte...

Schleien. Bauherrschaft. Am 7. April fand hier im Lokale...

Schleien. Bauherrschaft. Am 7. April fand hier im Lokale...

Schleien. Restoffbeugung. Der Magistrat macht bekannt: Am Sonntag...

Briefkasten der Redaktion.

Wannenburg. Herr: Postamt, Wannenburg, Gemischtes, Postamt...